

löste in Südkorea zusätzliche Sorgen vor einem Transfer von Hightech an die chinesischen Wettbewerber aus. Manche Analysten sprechen bereits von einer Schwächung der südkoreanischen Position bei Schlüsseltechnologien. (BBC EF, 11.8.04; „In search of new engine drivers“, 23.10.2003, <http://business-times.asia1.com.sg/story/0,4567,97492,00.html>; „S.Korea fears high-tech leakage to China“, in: <http://washingtontimes.com/upi-breaking/20040825-073730-6278r.htm>, 25.8.04) -schü-

## 22 Außenhandel weist wieder positiven Saldo auf

Chinas Außenhandel nahm im Juli d.J. um 34% zu und verzeichnete einen Überschuss in Höhe von 1,95 Mrd. US\$. Der Juli ist damit der dritte Monat in Folge, in dem ein positiver Saldo verzeichnet werden konnte. Für den Gesamtzeitraum Januar bis Juli besteht allerdings noch ein Defizit von 4,87 Mrd. US\$, ein Rückgang gegenüber dem Defizit von 6,8 Mrd. US\$ im 1. Halbjahr 2004.

Das Gesamtvolumen der Exporte zwischen Januar bis Juli nahm um 35,5% zu und betrug 309,12 Mrd. US\$ (+35,5%). Dieser schnelle Anstieg kann nach Einschätzung von Li Yushi, Experte an der Academy of International Trade and Economic Cooperation, auf die Erholung der Wirtschaftsentwicklung in den USA, Japan und Europa zurückgeführt werden. Auch die Zahlung ausstehender Steuerrückerstattungen an Exporteure habe dazu beigetragen. Für die kommenden Monate wird damit gerechnet, dass sich das Importwachstum als Folge der wirtschaftspolitischen Abbremsmaßnahmen verlangsamen wird.

Zum hohen Wachstum der Exporte hat die starke Zunahme der Hightech-Ausfuhren erheblich beigetragen. Von Januar bis Juli erhöhten sich diese um 58,3% und beliefen sich auf 83,80 Mrd. US\$. Auch die Hightech-Importe stiegen mit einer Wachstumsrate von 40,7% und einem Volumen von 46 Mrd. US\$ schnell an. Die USA, die EU und Hongkong waren die führenden Absatzmärkte für Chinas Hightech-Ausfuhren, während aus Japan, den ASEAN-Ländern sowie Taiwan

die meisten Hightech-Importe stammen. Provinzen an der Ostküste sowie die Perlfussdelta-Region sind die wichtigsten Produktionsstandorte für Hightech-Güter.

Für das gesamte Jahr 2004 rechnet das Handelsministerium mit einer Zunahme der Exporte um 15% auf 505 Mrd. US\$. Bei einem weiterhin hohen Importwachstum von 20% würde das Volumen der Importe bei 495 Mrd. US\$ liegen und ein Handelsdefizit von rd. 10 Mrd. US\$ realisiert werden.

Vergleichsdaten für die wichtigsten Lieferländer zeigen im 1. Halbjahr, dass auf Japan mit 44,848 Mrd. US\$ (+32,8%) der höchste Anteil der Importe entfällt. Auf den folgenden Rängen lag Taiwan mit 30,456 Mrd. US\$ (+40,6%), Südkorea mit 29,187 Mrd. US\$ (+55,5%) und die USA mit 22,786 Mrd. US\$ (+38,4%). Die deutschen Lieferungen fielen mit einer Steigerungsrate von 35,2% etwas niedriger als der gesamte Importzuwachs von 42,6% aus. Deutschlands Anteil an Chinas Importen ging zwar von 5,9% auf 5,3% zurück, doch zählt Deutschland als einziges europäisches Land zu den zehn wichtigsten Lieferländern Chinas. Mit einem Liefervolumen von 14,837 Mrd. US\$ lag Deutschland im 1. Halbjahr 2004 auf Rang fünf. (XNA, 28.7., 10.8., 11.8., 12.8.04; NfA, 13.8.04) -schü-

---



---

## Binnenwirtschaft

---



---

### 23 Staatliche Auffanggesellschaft übernimmt Sanierung eines Privatunternehmens

Ende August d.J. meldeten in- und ausländische Medien, dass eine der vier staatlichen Auffanggesellschaften für faule Kredite, die China Huarong Asset Management Corp., erstmals für die Übernahme und Restrukturierung von Schulden eines Privatunternehmens eingesetzt wird.

Bei dem Privatunternehmen in finanziellen Schwierigkeiten handelt es sich um den Mischkonzern D'Long International Strategic Investment Co. Das Unternehmen wurde 1986 von den Brüdern Tang in der nordwestlichen

Provinz Xinjiang gegründet, die erst im Bereich der Fotoentwicklung arbeiteten, dann in die Unterhaltungsindustrie gingen und später den Handel mit Computern durchführten. Anfang der 1990er Jahre wurden die Brüder im Aktienhandel aktiv. Das Unternehmen diversifizierte und gründete Töchter im Immobiliensektor, in der Automobilbranche, in der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelindustrie. D'Long kaufte dann das börsennotierte Unternehmen Tunhe Investment Co. und verlagerte seine Konzernzentrale nach Shanghai. Die Expansion des Konzerns wurde in den letzten Jahren durch Bankkredite beschleunigt, die die Beteiligung an einer Vielzahl von Unternehmen ermöglichten. Die branchenmäßige Spannbreite der 177 Unternehmensbeteiligungen erstreckt sich von Finanzdienstleistungen bis zur Herstellung von Tomatenketchup. D'Long investierte auch im Ausland, u.a. gab es im Jahre 2003 eine Beteiligung am Dornier-Regionaljet 728. D'Long hatte sich bereits seit längerer Zeit für die Übernahme des 728-Jet-Programms von Dornier und an einem 50%igen Unternehmensanteil der deutschen Seite interessiert (siehe dazu „Verhandlungen mit Dornier über Bau eines Regionalflugzeuges“, in: C.a., 2003/5, Ü 28).

Mitte Juni kündigte die Shanghai Stock Exchange an, dass sie das Unternehmen Tunhe Investment Co., das von D'Long kontrolliert wird, mit Wirkung zum 1.7.04 aus dem Aktienindex der 180 in Shanghai notierten Unternehmen herausnehmen würde. Diese Entscheidung wurde von der Börsenaufsicht allerdings noch nicht mit den Finanzproblemen des Mutterkonzerns begründet. Doch war der Aktienkurs des Unternehmens bereits durch die wachsenden finanziellen Probleme von D'Long stark unter Druck geraten. Diese Probleme hatten Anfang 2004 angefangen, als bekannt wurde, dass der Konzern den Umfang der Aktien börsennotierter Unternehmen erhöhen wollte, die als Sicherheiten für Bankkredite eingesetzt worden waren. Gegenüber der Börsenaufsicht soll beispielsweise Tunhe Investment Co. erklärt haben, dass es seit 1998 Kredite für Unternehmen des D'Long-Konzerns abgesichert habe. Die Bekanntgabe löste Befürchtungen aus, dass sich das Unternehmen einer Kre-

mitsperre gegenüber sah. Weitere zehn börsennotierte Unternehmen, die Kredite für Investmentgesellschaften und Tochterunternehmen von D'Long garantiert hatten, wurden von dieser Entwicklung ebenfalls betroffen.

Die Aktienbörsen in Shanghai und Shenzhen tadelten die Unternehmen Tunhe und Xinjiang Tianshan Cement Co., dass sie die Fristen zur Veröffentlichung von Unternehmensinformationen nicht eingehalten hätten. Tunhe hatte aus Sicht der Shanghai Stock Exchange versäumt, die Aktionäre darüber zu informieren, dass es Kreditgarantien für andere Unternehmen bereitgestellt hatte. Erstmals wurde Tang Wanli als Vorstand von D'Long in diesem Zusammenhang öffentlich kritisiert. Auch Tianshan wurde von der Shenzhen Stock Exchange ähnliche Vorwürfe gemacht. Beide Unternehmen waren zu diesem Zeitpunkt schon Gegenstand einer Untersuchung der Wertpapieraufsichtsbehörde.

Aufgrund der allgemeinen Kreditverknappung, die Teil der wirtschaftspolitischen Strategie der Regierung zur Eindämmung der überhitzten Entwicklung ist, wurde der Zugang zu Krediten auch für D'Long immer schwieriger. Um den Zusammenbruch des Konzerns mit all seinen vielfältigen finanziellen Verflechtungen und damit verbundenen negativen Wirkungen für die Aktienbörse abzufedern, soll China Huarong Ende August eingeschaltet worden sein. Diese staatliche Auffanggesellschaft, die bisher nur für die Restrukturierung uneinbringlicher Kredite im Portfolio der Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) eingesetzt worden war, soll die Aufgabe erhalten haben, die Reorganisation von D'Long International Strategic Investment durchzuführen.

Der geschäftsführende Vorstandsvorsitzende von D'Long, Xiang Hong, bestätigte Ende August, dass China Huarong die Reorganisation des Konzerns durchführen wird. Wie der von D'Long vorgeschlagene Rettungsplan aussieht, gab er allerdings nicht bekannt. Auch über die Höhe der Verbindlichkeiten gab er keine Auskunft. Wie die finanzielle Situation des Konzerns aussieht, ist aufgrund der weit reichenden Verflechtungen unklar. Die Schätzungen über die Höhe der Ver-

mögenswerte des Unternehmens vor der finanziellen Krise schwanken zwischen 1,8 Mrd. RMB und 12 Mrd. US\$. Der Konzern, der eine Beschäftigtenzahl von rd. 30.000 Personen aufweist, soll schätzungsweise 5 Mrd. Euro Verbindlichkeiten haben.

Insgesamt soll sich das Sanierungspaket für D'Long auf 1,8 Mrd. US\$ belaufen. Über die Details der Rettungsaktion liegen aber noch keine näheren Informationen vor.

Zumindest teilweise gehen die aktuellen Probleme von D'Long auf die Kreditverknappung der Regierung und die damit einhergehende Zurückhaltung der Banken gegenüber Privatunternehmen zurück. Bereits seit März sollen die Banken die Kreditvergabe an D'Long eingestellt haben. Hintergrund der Entscheidungen war auch der fallende Börsenwert der Aktien, die als Gegenwert für Bankkredite als Sicherung gedient hatten. Trotz der Suche nach neuen Investoren – auch im Ausland – schreckten diese vor der fehlenden Transparenz der finanziellen Verflechtungen zurück.

Die Entscheidung der Regierung, China Huarong für die Sanierung des Privatkonzerns einzusetzen, muss im Zusammenhang mit der geplanten Börsennotierung der zwei großen Staatsbanken gesehen werden. Die finanziellen Verflechtungen D'Longs mit vielen Staatsunternehmen und drei Banken würde sich bei einem Zusammenbruch destabilisierend auf den Aktienmarkt und möglicherweise sogar destabilisierend auf den Bankensektor auswirken und das Vertrauen der Investoren schwächen.

Anfang September wurde bekannt, dass China Huarong die drei Aktienmakler-Geschäfte von D'Long übernehmen wird. Wie mit D'Longs Beteiligung an Dornier verfahren wird, steht noch nicht fest. (WSJ, 16.6., 23.8., 26.8.04; IHT, 24.8., 25.8.04; „D'Long-Konzern droht die Pleite“, 17.6.04, in: <http://de.biz.yahoo.com/040617/299/42uxq.html>; „Government to Bail out Debt-Ridden D'Long“, in: CRIonline, <http://www.en1chinabroadcast.cn/1174/2004-8-25/103@145930.htm>; „China's Revolutionary Tactic: Bailout“, in: [Washingtonpost.com](http://Washingtonpost.com), 26.8.04; FAZ, 7.9.04) -schü-

## 24 Bank of China in Aktiengesellschaft umgewandelt

Am 26.8.04 veröffentlichte die Bank of China auf ihrer Homepage die Ankündigung, dass sie die rechtliche Umwandlung in eine Aktiengesellschaft vollzogen hat. (<http://www.bank-of-china.com/notify/20040826qa.html>) Der neue Name der Bank lautet Bank of China Limited (Zhongguo yinhangufen youxian gongsi) bzw. verkürzt Bank of China oder BOC. Als Grund für die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft nannte die Bank folgende Gründe:

- 1) Reform des Management,
- 2) Verbesserung der Governance-Strukturen und
- 3) Transformation des Operationsmechanismus und Verbesserung der Performance der Bank.

Die BOC will eine moderne Aktiengeschaftsbank werden, die über ausreichend Eigenkapital verfügt, eine rigore interne Kontrolle aufweist, ein gutes Ansehen hinsichtlich ihrer finanziellen Position besitzt, stabile Gewinne für ihre Aktionäre erwirtschaftet und eine hohe Wettbewerbsfähigkeit aufweist sowie ihren Kunden umfassende Dienstleistungen von hoher Qualität anbietet.

Zu den Veränderungen, die mit der rechtlichen Restrukturierung von einer staatseigenen Geschäftsbank in eine Aktienbank verbunden sind, die durch den Staat kontrolliert wird, zählt die BOC u.a.

- klare Eigentumsverhältnisse,
- genau definierte Entscheidungsrechte und Verantwortlichkeiten,
- Abgrenzung zwischen Unternehmen und Verwaltung,
- auf wissenschaftlichen Grundlagen basierendes Management,
- Verstärkung der Offenlegung von Informationen,
- Verbesserung der Transparenz,
- größerer Spielraum für die Überwachung durch den Markt,
- Aufbau eines Finanzberichtssystems, das in Übereinstimmung mit internationalen Standards ist, und
- Aufbau eines auf wissenschaftlichen Grundlagen basierenden Budget-Kontrollsystems.

Die BOC kündigte auf ihrer Homepage außerdem an, dass die von der Zentralregierung gegründete Central Huijin International Investment Company Ltd. vorübergehend (bis zum Börsengang) alle Rechte und Pflichten eines Eigentümers im Auftrag der Zentralregierung übernommen hat.

In einer weiteren Ankündigung der BOC auf ihrer Homepage wird eine Höhe des registrierten Kapitals von 186,39 Mrd. RMB (ca. 22,5 Mrd. US\$) genannt, über die eine identisch hohe Anzahl von Aktien vorliegt. Über 100% der Aktienanteile verfügt derzeit noch die Central Huijin Investment Company Ltd. als Eigentümer. ([www.bank-of-china.com/english/c1news/2004/news2004\\_041.html](http://www.bank-of-china.com/english/c1news/2004/news2004_041.html))

Ausländische Kommentatoren bezweifeln, ob die erwarteten Ziele der Restrukturierung erreicht werden können. Fraglich sei u.a., ob das Management unabhängig vom staatlichen Einfluss Entscheidungen fällen kann. (WSJ, 27.8.04) Trotz bleibender Bedenken zeigten eine Reihe von ausländischen Banken Interesse, als strategische Investoren Aktienanteile zu erwerben. Hierzu soll u.a. die Citigroup, Morgan Stanley und die Deutsche Bank zählen. Auch große chinesische Konzerne wie Sinopec, PetroChina und andere in New York gelistete chinesische Unternehmen kommen als strategische Investoren in Frage. (*The Standard*, 26.8.04, [www.thestandard.com.hk](http://www.thestandard.com.hk))

Li Lihui, Präsident der BOC, geht davon aus, dass der Börsengang voraussichtlich erst im nächsten Jahr realisiert werden wird. Bis dahin will die Bank die erforderlichen Standards erfüllen. Im 1. Halbjahr 2004 hatte der Gewinn vor Steuern um 85% im Vergleich zur Vorjahresperiode zugenommen. Das Volumen der Gewinne lag im 1. Halbjahr 2004 bei 12,96 Mrd. RMB (1,6 Mrd. US\$) gegenüber 7,03 Mrd. RMB im 1. Halbjahr 2003. Die Verbesserung der Gewinnsituation steht in einem engen Zusammenhang mit der schnellen Ausweitung der Kredite. Das Volumen neuer Kredite der BOC stieg auf mehr als das Doppelte im 1. Halbjahr und lag bei 165,4 Mrd. RMB. (<http://www.bank-of-china.com/english/index.shtml>) -schü-

## 25 Zweite Privatbank gegründet

Mitte August wurde eine zweite Privatbank in Hangzhou, Hauptstadt der Provinz Zhejiang, gegründet. Die Zheshang Bank ist die 12. Aktienbank in China; sie verfügt über ein Kapital in Höhe von 1,5 Mrd. RMB (181,2 Mio. US\$). Von den 15 Anteilseignern der Bank sind 13 Privatunternehmen, die einen Anteil von 85,71% der Aktienanteile halten. Die drei größten Aktieneigner besitzen jeweils 10,34% der Anteile. Dies sind die Zhejiang Traffic Investment Group, der Kfz-Teilehersteller Wanxiang sowie die Traveler Auto Group.

Die wichtigsten Bankkunden werden nach Einschätzung des Vorsitzenden von Zheshang, Cai Huiming, kleine und mittelgroße Privatunternehmen sein. Gong Fanle, Präsident der Zheshang Bank, geht davon aus, dass der besondere Vorteil der Bank in der Marktorientierung des Management liegt; die Bank werde flexibler sein und effizient wirtschaften. Chen Guoping, stellvertretender Parteisekretär von Zhejiang, sieht für die Bank eine wichtige Funktion darin, kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) aus Liquiditätsengpässen zu helfen. Gerade in der Provinz Zhejiang, die viele Privatunternehmen aufweist, sind Privatunternehmen von der restriktiven Vergabepolitik der Banken besonders negativ betroffen.

Die Zheshang Bank war vor ihrer Restrukturierung als Zhejiang Commercial Bank die einzige sino-ausländische Joint-Venture-Bank mit Anteilen der Bank of China, Hongkong, sowie seiner Tochter, der Nanyang Commercial Bank, die jeweils größere Anteile an der Bank besaßen. Heute gilt die Zheshang Bank jedoch als einzige Privatbank i.e.S., da die wichtigsten Kapitaleigner der Zheshang Bank im Gegensatz zur Minsheng Bank nicht große Staatsunternehmen sind. (ST Interactive, 10.8.04; FT, 18.8.04; „Private Commercial Bank Opens for Business“, in: [www.chinadaily.com.cn](http://www.chinadaily.com.cn), 19.8.04)

Die Privatunternehmen Zhejiangs haben schon seit vielen Jahren eine eigene Bank gefordert, da sie bei der Kreditvergabe gegenüber Staatsunternehmen stets schlechter gestellt wurden.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich vor allem in Wenzhou ein florierendes Untergrundbankensystem. Die illegale Kreditvergabe funktionierte nach dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe, das wiederum auf gegenseitigem Vertrauen aufbaute. Die privaten Unternehmen waren überwiegend Familienbetriebe, die sowohl für den eigenen Konsum als auch beim Einkauf von Rohstoffen für die Produktion und im Handel Bargeld benutzten und Bargeld aus dem Verkauf ihrer Produkte einnahmen. Bargeldlose Geschäfte wurden nur mit Staats- oder Kollektivunternehmen abgewickelt. Für die Bereitstellung von Krediten verlangten die informellen Finanzintermediäre beispielsweise in der Stadt Wenzhou eine hohe Risikoprämie, die weit über den Zinssätzen der staatseigenen Banken lag. Die Kreditzinsen der vier großen Staatsbanken, die auch in Wenzhou eine dominante Marktposition einnahmen und fast ausschließlich Kredite an große und mittlere Staatsunternehmen vergaben sowie lokale Infrastrukturprojekte finanzierten, lagen in den 80er Jahren bei 12 bis 17% und gingen bis 1998 auf rd. 8% zurück. Die informellen Finanzintermediäre nahmen dagegen Zinsen, die um das Zwei- bis Dreifache höher lagen. Da die Gewinnspannen der Privatunternehmen jedoch ebenfalls sehr hoch waren, schreckte sie das Zinsniveau von durchschnittlich 26 bis 45% nicht ab. (Siehe dazu Schüller, Margot, „Der institutionelle Wandel der Finanzintermediation in der VR China“, in: Eger, Thomas (Hrsg.), *Institutionen und wirtschaftliche Entwicklung*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Berlin 2003, S.183-218.)

Ein aktuelles Beispiel zeigt, wie verzerrt die Kreditallokation gegenüber Privatunternehmen in Wenzhou noch immer ist. So entschied sich der Unternehmer Wang Zhentao, der in Wenzhou das Großunternehmen Aukang Group zur Herstellung von Schuhen mit rd. 10.000 Beschäftigten und einem italienischen Designerteam aufgebaut hat, notwendiges Kapital für die Expansion seines Unternehmens aufgrund der ungünstigen Bedingungen nicht bei Staatsbanken aufzunehmen. Die Finanzierung der geplanten Investition in Höhe von rd. 1 Mrd. RMB (120 Mio. US\$) für den Aufbau einer Produktion in der zentral-

chinesischen Stadt Chongqing wird er wie fast alle vorherigen Investitionsprojekte aus dem Eigenkapital erbringen. Wang plant darüber hinaus, eine Privatbank zu gründen, die den Privatunternehmen den Zugang zu Krediten erleichtert. Wang kritisiert die Bevorzugung der Staatsunternehmen, für die der Zugang zu Krediten aufgrund politischer Beziehungen leicht sei. Die Manager der Staatsunternehmen würden auch gar nicht erst zu den Bankmanagern gehen, sondern direkt zum Bürgermeister.

Vielfach müssen die Privatunternehmen in Zhejiang neben Eigenkapital heute noch auf informelle Kreditanbieter zurückgreifen. Nach Einschätzung des Wirtschaftswissenschaftlers Ma Jinlong aus der Stadt Wenzhou weist der illegale Kreditmarkt ein Volumen von rd. 30 Mrd. RMB auf; die meisten Kredite seien relativ klein und würden rd. 1 Mio. RMB betragen. Vor dem Hintergrund der Kreditverknappung stieg der Zinssatz auf dem illegalen Kreditmarkt im Juni d.J. auf durchschnittlich 11,6%. Im offiziellen Bankensystem schwankt der Kreditzins in einer staatlich vorgegebenen Bandbreite zwischen mindestens 5,31% und höchstens 9%. (WSJ, 3.8.04)

Liu Mingkang, Vorsitzender der China Banking Regulatory Commission, wies während einer Inspektionsreise durch die Provinz Zhejiang Ende Juli/Anfang August darauf hin, dass Privatunternehmen bei der Verknappung der Kredite durch eine undifferenzierte Kreditvergabepolitik nicht benachteiligt werden dürften. Liu musste eingestehen, dass einige Banken unter dem Eindruck der zentralstaatlichen Vorgaben zur Eindämmung der überhitzten Wirtschaft ohne Berücksichtigung der jeweiligen Situation der Unternehmen, ihre Kredite eingeschränkt hätten.

Vor allem der Umfang der kurzfristigen Kredite wurde von den Banken zurückgefahren, und insgesamt sank die Höhe der neuen Bankkredite im 1. Halbjahr 2004 um 350 Mrd. RMB (42 Mrd. US\$) gegenüber der Vorjahresperiode. Viele KMU haben sich aufgrund der Verknappung der kurzfristigen Kredite an illegale Finanzintermediäre gewandt. In der Stadt Wenzhou soll das Volumen der zwischen

Einzelpersonen und Unternehmen außerhalb des formalen Bankensystems verliehenen Kredite in den letzten Monaten (keine genauen Angaben dazu) auf rd. 35 Mrd. RMB gegenüber normalerweise rd. 20 Mrd. RMB gestiegen sein. („Loan Support to Private Sector Urgend“, in: www.china.org.cn, 3.8.04) -schü-

## 26 Inflationsrate gestiegen

Das Staatliche Statistikamt berichtet für den Monat Juli, dass die Verbraucherpreise um 5,3% im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen sind. Als Begründung nennt die Behörde vor allem den verzögerten Effekt von Preissteigerungen am Ende des Jahres 2003. Die Getreidepreise trugen besonders stark zum Preisauftrieb bei. Im Juli stiegen die Getreidepreise um 31,8% gegenüber dem Vorjahresmonat; die Preise für Speiseöl erhöhten sich um 23,3%. Wenn die Preissteigerung bei Getreide nicht berücksichtigt wird, dann ergibt sich für die Verbraucherpreise insgesamt seit dem 2. Quartal ein sinkender Trend.

Gegenüber dem Monat Juni fiel die Teuerung im Juli um 0,3 Prozentpunkte höher aus. Im gesamten Zeitraum Januar bis Juli 2004 liegt die Inflationsrate allerdings erst bei 3,8%. Die Zentralbank geht davon aus, dass die Inflation bis zum 3. Quartal steigen und erst im 4. Quartal zurückgehen wird. (XNA, 12.8.04)

Die Einzelhandelspreise nahmen in den ersten sieben Monaten d.J. um 2,6% zu, die Preise für Investitionsgüter stiegen dagegen um 14%. (XNA, 16.8.04)

Zu den Maßnahmen der Regierung, die Inflation unter Kontrolle zu halten, zählt die Stabilisierung der Getreidepreise sowie die Beschränkung der Preissteigerungen von Investitionsgütern. So wurden beispielsweise die Lokalregierungen bereits im März von der Zentralregierung aufgefordert, die Preise für Kunstdünger zu kontrollieren. Weiterhin forderte die China Banking Regulatory Commission die Staatsbanken auf, Kredite an Unternehmen in überhitzten Branchen wie dem Eisen- und Stahlsektor zu beschränken. Als Folge dieser Maßnahme soll der Preis für Stahlprodukte für Bauprojekte in den Monaten April

und Mai bereits zurückgegangen sein. Darüber hinaus wurden Investitionen in den Bereichen Zement, Aluminium und Elektrizitätserzeugung beschränkt und damit Einfluss auf die Preisentwicklung von Materialien und Ausrüstungen für diese Industriezweige genommen. (XNA, 16.8.04)

Im Bericht der Zentralbank zur Geldpolitik im 2. Quartal („China Monetary Policy Report Quarter Two, 2004“, www.pbc.gov.cn) wird von einem Rückgang des BIP-Wachstums im 3. Quartal ausgegangen, begleitet von einem Abflachen des Geldmengenwachstums.

Nach wie vor ist der Inflationsdruck relativ hoch. Im Juli nahmen die Anlageinvestitionen um 32% zu. Damit belief sich der Anstieg der Anlageinvestitionen zwischen Januar und Juli 2004 auf 31%; die Investitionen im Immobiliensektor stiegen um 28,6%. (XNA, 18.8.04; WSJ, 18.8.04) Als Ursachen der weiterhin hohen Zuwachsraten bei den Anlageinvestitionen gelten a) Klärung auf lokaler Ebene, welche Investitionen mit den zentralstaatlichen Vorschriften übereinstimmen und damit verbundene neue Investitionsaktivitäten und b) Umgehung der zentralstaatlichen Vorgaben durch die lokale Ebene, die auch in überhitzten Branchen weiter Investitionen durchführt. (FT, 18.4.04)

Deutlich abgeflacht ist dagegen die Wachstumsrate der industriellen Wertschöpfung. Diese nahm im Juli nur noch um 15,5% zu, das waren 0,7 Prozentpunkte weniger als im Juni. Gegenüber der höchsten Wachstumsrate von 23% im Februar d.J. kann dieser relativ moderate Zuwachs durchaus als Erfolg der staatlichen Abbremsmanöver gewertet werden. Am stärksten fiel der Wachstumsrückgang in einigen Industriezweigen aus; so nahm der Output in der Kfz-Industrie nur noch um 5,4% im Juli zu. Für den gesamten Zeitraum von Januar bis Juli ergibt sich eine Wachstumsrate der industriellen Wertschöpfung von 17,3%. (XNA, 10.8.04; FT, 11.8.04)

Nach Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IMF) wird die Inflationsrate in China im Gesamtjahr zwischen 3% und 4% liegen. In einem IMF-Bericht, der nach der jährlichen Konsultation mit China Ende August

veröffentlicht wurde, kommt der IMF zu dem Schluss, dass trotz vielfältiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen die von der chinesischen Regierung angestrebte „weiche Landung“ der konjunkturellen Entwicklung noch nicht gesichert sei: „A crucial short-term concern is that despite the recent indications of modernation in the fast pace of investment and economic growth, a soft landing of the economy is not yet assured.“ (<http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2004/pn0499.htm>) Um dieser Herausforderung zu begegnen und gleichzeitig die Stabilität des Finanzsystems aufrechtzuerhalten und die außenwirtschaftliche Integration fortzusetzen, müsse China eine vorsichtige gesamtwirtschaftliche Politik sowie beschleunigte Strukturreformen in Schlüsselbereichen durchführen. Hierzu zählt der IMF den Bankensektor, die Staatsunternehmen und den Arbeitsmarkt. Der Umfang und die zeitliche Abfolge der verschiedenen Maßnahmen in diesen Bereichen habe einen entscheidenden Einfluss auf die mittelfristigen Entwicklungsperspektiven. -schü-

fiziert, sondern auch sechs Journalisten verhaftet. Vier von ihnen wurden gegen Kaution wieder freigelassen, zwei weitere nur mit der Auflage, nicht in die Untersuchungen der ICAC einzugreifen.

Während die ICAC die Namen der Verlagshäuser nicht preisgab, veröffentlichten die betroffenen Zeitungen Details auf der ersten Seite ihrer Sonntagsausgaben. Demnach handelte es sich um die *South China Morning Post*, die *Apple Daily*, die *Oriental Daily News*, die *Sun*, das *Hongkong Economic Journal*, die *Sing Tao Daily* und die Beijing-freundliche *Ta Kung Pao*.

Die Sprecherin der ICAC, Valentina Chan, und auch der Verantwortliche für die Durchsuchungen, Daniel Li, gaben bekannt, dass die Kommission legal gehandelt habe und sogar einen Durchsuchungsbefehl vom Obersten Gerichtshof (High Court) vorweisen könne. Somit hätte die ICAC die Berechtigung erhalten, die Zeitungsbüros nach belastendem Material zu durchsuchen.

Das Vorgehen der ICAC führte in Hongkong zu kontroversen Reaktionen der Medien und den Parteien einerseits und auf Regierungsseite andererseits. So verurteilte der eigentlich konservative Hongkonger Zeitungsverband das Vorgehen der ICAC dahingehend, dass sie auf diesem Weg Informationen zur strafrechtlichen Verfolgung einer dritten Partei erhalten wollte. Die *South China Morning Post* beschuldigte die ICAC, zu radikal vorgegangen zu sein. Sowohl das demokratische Lager als auch die Beijing-freundliche Partei Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong (DAB) sowie Medien, Politiker, Rechtsexperten und Menschenrechtsorganisationen werteten das Vorgehen als einen Angriff auf die Pressefreiheit. Die DAB und die Democratic Party verlangten von Regierungsseite eine Aufklärung des Falles. Auch der Regierungschef Tung Chee-hwa geriet in die Kritik, weil er von den Razzien im Vorfeld unterrichtet gewesen sein soll, ohne etwas dagegen unternommen zu haben. Ferner riefen die Durchsuchungen internationalen Protest hervor. So drückten die USA ihre Bedenken aus und mahnten eine legale und angemessene Ermittlung durch

die ICAC an, was von einem Mitarbeiter des Verbindungsbüros der chinesischen Regierung in Hongkong als Einmischung in innere Angelegenheiten beanstandet wurde.

Im Gegensatz dazu verteidigte die Regierungsseite das Vorgehen der ICAC. Justizministerin Elsie Leung unterstrich beispielsweise die Notwendigkeit für eine solche Durchsuchung, „um eine Balance zwischen dem Schutz der Pressefreiheit und der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit herzustellen“. Chief Secretary Donald Tsang sah die Pressefreiheit durch die Razzien ebenso wenig unterminiert.

Als Reaktion auf die Razzia reichte eine der betroffenen Zeitungen, die *Sing Tao Daily*, vier Tage nach dem Vorfall ein Gesuch beim High Court ein, den Durchsuchungsbefehl zurückzuziehen. Die Zeitung gewann den Rechtsstreit. Am 10. August erklärte der High Court das Dokument für nichtig und ordnete die Rückgabe der von der ICAC konfiszierten Materialien an, womit die rechtliche Grundlage für die Durchsuchungen hinfällig wurde. Die ICAC entschied sich daraufhin, Protest einzulegen.

In Hinblick auf die im September d.J. stattfindenden Wahlen zur Legislativversammlung gehen Analysten davon aus, dass das demokratische Lager die Durchsuchungen als Beweis für einen weiteren Fehltritt der unpopulären Tung-Administration nutzen werden und können. Des Weiteren wird der Vorfall als nachteilig für die Beijing-freundlichen Kandidaten der DAB und anderer Parteien angesehen. Was den Vorwurf der Erosion der Pressefreiheit angeht, so reiht sich dieser Vorfall in eine Reihe von Skandalen ein, die bereits seit Mai d.J. die Hongkonger Öffentlichkeit erschüttern.

Am 2. Mai war der Talkshow-Moderator des unabhängigen Rundfunksenders Commercial Radio Albert Cheng King-hon, der die wegen ihres freien politischen Diskussionsstils populäre Radio-Talkshow „Teacup In a Storm“ moderierte, zurückgetreten (ausführlicher auch zum Rücktritt seines Nachfolgers und weiterer Moderatoren vgl. C.a., 2004/5, Ü 30). Obwohl sein Vertrag erst 2008 ausgelaufen wäre, entschied sich Cheng nach seiner dreimonatigen Pause Ende Juli für die vorzei-

---

## SVR Hongkong

---

### 27 Razzien in Verlagshäusern – Angriff auf die Pressefreiheit oder Wahrung der Rechtsstaatlichkeit?

Am 24. Juli 2004 wurden insgesamt sieben einflussreiche Zeitungsverlagshäuser Hongkongs Opfer einer Razzia durch die Independent Commission Against Corruption (ICAC), der Hongkonger Anti-Korruptionsbehörde. Hintergrund war die unrechtmäßige Veröffentlichung des Namens einer Zeugin des ICAC aus dem Zeugenschutzprogramm, eine Straftat, die mit bis zu 10 Jahren Haft bestraft werden kann. Die Zeugin war in eine Ermittlung wegen Korruption involviert, die zur Verhaftung von sechs Personen geführt hatte. Bei der Razzia kam es zur Befragung von Journalisten, zur Durchsuchung ihrer Büros und Computer sowie einer ihrer Privatwohnungen. In deren Folge wurden nicht nur belastende Materialien kon-